

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

D/XX/105

Bonn, den 5. Juni 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Bildungspolitik</u> Entwicklung und Ziele diesseits und jenseits der Zorengrenze Von Dr. Ulrich Lohmar, MdB	42
3	<u>Essen wieder an der Spitze</u> Warum ist der 17. Juni "Tag der Deutschen Einheit" ? Ergebnis einer Umfrage	12
3	<u>Späte Erkenntnisse</u> Preg lobt Belgrads Wirtschaftspolitik	22
4	<u>Korporationen im Wandel der Zeit</u> Kilachse vom "Student im Wicks" ist überholt	51
5	<u>"Tor zur Welt"</u> Koch mehr Abfahrten von Hamburg Wöchentlich einmal nach Übersee Von Rudolf Hornig	40

Bildungspolitik

Von Dr. Ulrich Lohmar, MdB

Wozu und auf welche Weise die junge Generation ausgebildet wird, ist heute für die Entwicklung jeder Industriegesellschaft ausschlaggebend. In Mitteldeutschland sucht man den hier gestellten Aufgaben in der Form eines Einheitsstaates beizukommen, in der Bundesrepublik hat uns das Grundgesetz den Rahmen des Bundesstaates gesetzt. In Mitteldeutschland müht sich die politische Führung ab, die erste industrielle Revolution verspätet zu meistern. Die Bundesrepublik steht am Beginn der zweiten industriellen Revolution, die gekennzeichnet ist durch die Anwendung der Atomenergie für wirtschaftliche Zwecke und durch die Automation in ihrer vielfältigen Stufen und Formen.

Atomenergie und Automation sind natürlich auch in Mitteldeutschland seit langem keine Fremdwörter mehr, aber dort muß man sich noch mit dem Zeitverlust herumschlagen, der sich aus dem Versuch ergoß hat, ideologische Formeln gegen die Gegebenheiten der Industriegesellschaft zu behaupten. Das war ein Experiment an untauglichen Objekten. Die Führung der SED beginnt erst jetzt und nur zögernd, Ideologie und wirtschaftliche Effektivität miteinander in Einklang zu bringen. Die nachdrückliche Förderung des Bildungswesens ist ein Kernstück dieses Bemühens.

Eine Kommission von sechzig Wissenschaftlern hat dazu einen "Vorschlag für die Gestaltung eines einheitlichen sozialistischen Bildungssystems" gemacht. Der VI. Parteitag der SED hatte die Wissenschaftler mit dieser Arbeit beauftragt. Gleichzeitig hat die Volkammer ein neues Jugendgesetz verabschiedet, das den weiteren Rahmen für die bildungspolitischen Maßnahmen absteckt.

Was sollen die jungen Leute in Mitteldeutschland vor allem lernen? Dem Vorschlag der Wissenschaftler entnehmen wir, daß besonders Mathematik, Naturwissenschaften, Technik und Ökonomie gelehrt werden sollen. Dabei bleibt nichts der Initiative des einzelnen überlassen; im Kollektiv wird in Mitteldeutschland gelehrt und gearbeitet. Die Wissenschaftler rügen jedoch einen Mangel an Ordnung und Disziplin. Man dürfe nicht erwarten, so steht es in der Empfehlung, "daß die produktive Tätigkeit im Selbstlauf zur Liebe zur Arbeit erzieht". Charakteristisch für die neuen bildungspolitischen Richtlinien der SED ist ferner die strikte Einordnung der Ausbildung und der wissenschaftlichen Forschung in das Geflecht der volkswirtschaftlichen Planziele. Zweckfreie Wissenschaft halten die Kommunisten für eine Illusion oder bestenfalls für Zeitverschwendung. Jeder soll den Sinn seines Lebens ausschließlich durch seine Leistung für die Gesellschaft erkennen.

Auch in der Bundesrepublik gibt es lebhaftes Diskussions über Ziele und Methoden der Bildungspolitik. Es ist deutlich geworden, daß

es einige Notstände in unserem Bildungswesen gibt, die unsere wirtschaftliche Zukunft ernsthaft gefährden können, wenn wir sie nicht rasch beheben. Wir brauchen bis 1970 mindestens 320 000 neue Lehrer; wir müssen die Zahl der Abiturienten bis 1980 verdoppeln, wenn wir mit England und Frankreich Schritt halten wollen; wir müssen unser ländliches Schulwesen durchgreifend modernisieren. Das Bildungsgefälle in den einzelnen Ländern der Bundesrepublik hat bedrohliche Ausmaße angenommen. Die Zahl der einklassigen Volksschulen in der Bundesrepublik z.B. hat sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt; statt 600 solcher Zwergschulen, die man 1945 in Bayern zählte, gab es dort 1958 bereits 2 200 dieser Gebilde - in Berlin dagegen gehören sie der Vergangenheit an.

Der Bundestag nahm den publizistischen Lärm um den Bildungsnotstand kürzlich zum Anlaß, sich mit dem Thema zu befassen. Die prinzipielle Übereinstimmung der Parteien in der Bewertung der Situation führte leider bisher nicht zu handgreiflichen Folgerungen. Die CDU mochte sich mit der Einrichtung eines Wissenschaftskabinetts unter Vorsitz des Bundeskanzlers nicht befassen und schob die Sache dem Wissenschaftsminister zu, dessen Befugnisse ohnehin dürftig sind. Angesichts des engen Zusammenhangs von Bildungsplanung, Wissenschaftsförderung und Ausbildungsförderung einerseits und Wirtschafts- bzw. Sozialpolitik andererseits kann ein schlüssiges politisches Konzept jedoch nicht erarbeitet werden, ohne daß der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik bestimmt. Vergeblich versuchten FDP und SPD dies der Partei des Kanzlers deutlich zu machen. Bildung und Wissenschaft werden also den hohen Rang, den ihnen der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung verheißen hatte, einstweilen kaum erhalten.

Die bildungspolitische Debatte in Mitteldeutschland und in der Bundesrepublik spiegelt die Lage in beiden Teilen Deutschlands wider. Die SED versucht, ihre ideologischen Formeln den Bedürfnissen der Industriegesellschaft anzupassen. Die voraussichtlichen Gegebenheiten des Jahres 2000 vermitteln ihrer Bildungsplanung die Perspektive. Eine strenge Arbeitsdisziplin soll den Erfolg sichern. Wir in der Bundesrepublik dagegen möchten wohl, daß die junge Generation arbeiten kann, um zu leben, nicht aber umgekehrt. Doch wir werden ihr diese Chance nur erhalten können, wenn wir unser Ausbildungswesen den Anforderungen der technologischen und wirtschaftlichen Entwicklung anpassen. Sonst wird uns der Wind innerhalb der EWG bald ins Gesicht blasen.

Und es ist auch nicht notwendig, daß die Zone auf die Dauer größeren Erfolg und weniger Freiheit, die Bundesrepublik dagegen mehr Freiheit und weniger Erfolg haben muß.

+ + +

Hessen wieder an der Spitze

Warum ist der 17. Juni "Tag der deutschen Einheit" ?

sp - Schon vor einigen Tagen konnten wir darauf hinweisen, daß das seit mehr als 15 Jahren sozialdemokratisch regierte Bundesland Hessen den höchsten Prozentsatz von Einwohnern aufzuweisen hat, die über ein beträchtliches Maß an staatsbürgerlichem Wissen verfügen. Wie aus einer Umfrage der Wickert-Institute in Tübingen hervorgeht, wissen 19 Prozent der Bevölkerung in der Bundesrepublik nicht, warum der 17. Juni als "Tag der deutschen Einheit" ein Feiertag ist. Der höchste Prozentsatz der befragten Personen, die keine klare Antwort auf die ihnen gestellte Frage nach der Bedeutung des 17. Juni geben konnten, ist wiederum in Schleswig-Holstein. Im Bundesland Hessen dagegen haben 97 Prozent der Befragten auf Anhieb die an sie gestellte Frage richtig beantworten können. Nur 3 Prozent wichen der Frage aus oder wußten überhaupt keine Antwort. Aufschlußreich ist auch, daß Besitzer von Fernsehgeräten mit 83 Prozent richtiger Antworten dem Durchschnitt des "Normalbürgers" in ihrem Wissen überlegen sind.

+ + +

Späte Erkenntnisse

Prag lobt Belgrad

sp - In Prag, wo noch vor wenigen Jahren der jugoslawische Staatschef Tito als "Verräter" beschimpft wurde, scheint man jetzt zu entdecken, daß in Belgrad doch nicht alles falsch gemacht wird. So hat jetzt der Prager Rundfunk in einer Jugoslawien gewidmeten Sondersendung erklärt, die jugoslawische Wirtschaft weise keine Anzeichen ausländischer Einmischung auf, obwohl Jugoslawien seinen Handel zu drei Vierteln (1) mit westlichen Ländern abwickele und obwohl es weiterhin in großem Umfang westliche Hilfe und Kredite erhalte. Außerdem wurde festgestellt, das jugoslawische Wirtschaftssystem sei "ausserordentlich effektiv".

Es ist seit langem bekannt, daß die Wirtschaft in der Tschechoslowakei große Rückschläge hinnehmen mußte, weil es ihr untersagt war, einigermaßen normale Beziehungen zu westlichen Industriestaaten aufzunehmen. Häufig begründete Prag seine fast völlige Abwesenheit auf dem Weltmarkt mit dem Argument, erstens habe man den Kontakt mit dem Westen nicht notwendig und zweitens schließe man sich freiwillig ab, um nicht "westlichen Infiltrationen" ausgesetzt zu sein. Die neueren Erkenntnisse, die jetzt offiziell vom Sender Prag den Bürgern der Tschechoslowakei kundgetan werden, sind ein erneuter Beweis dafür, daß sich in mehreren Staaten des Ostblocks - wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiet - eine realistische Betrachtungsweise der Zusammenhänge bemerkbar zu machen beginnt.

+ + +

Korporationen im Wandel der Zeit

59 - Als Bundespräsident Heinrich Lübke vor kurzem Vertreter des "Convents deutscher Korporationsverbände" (CdK) und der in der deutschen katholischen Studenten-Einigung vertretenen katholischen deutschen Studentenverbände (KDSE) zu einem zweistündigen Gespräch empfing, wurde allgemein festgestellt, daß die traditionsgebundenen Formen im studentischen Gemeinschaftsleben heute zweitrangig seien. An erster Stelle stünde die Bildungsaufgabe, die sich sowohl aus der Situation der Universitäten wie auch aus dem wachsenden Bedürfnis zahlreicher junger Akademiker nach Einblick in Wesen und Ziele der politischen Parteien und in das Funktionieren eines demokratischen Staates ergaben. Gleichzeitig wurde aber auch Klage darüber geführt, daß in großen Teilen der deutschen Öffentlichkeit immer noch die Vorstellung bestehe, Korporationsstudenten hätten sich nicht mit der Zeit gewandelt; ihre einzige Existenzberechtigung sei immer noch der Wunsch, bei feierlichen Anlässen "im Wiche" in Erscheinung zu treten. Als entscheidender Grund hierfür wurde das Verhalten vieler Zeitungen genannt; die Pauschal-Urteile über die Korporationen fällen und ihren Lesern den Korporationstudenten immer wieder in in klischeierter Darstellungsweise vorstellen.

Tatsache ist, daß sich das Leben in den Korporationen im Verhältnis zu früheren Jahren sehr gewandelt hat. Im Gegensatz zu den Jahren nach dem ersten Weltkrieg gibt es heute kaum noch eine studentische Vereinigung, die nicht interessante Bildungsveranstaltungen mit hervorragenden Referenten und oft sehr anspruchsvollen Diskussionen aufzuweisen hat. In den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen oder gar noch vor dem ersten Weltkrieg wäre es kaum vorstellbar gewesen, wenn eine Korporation Vertreter von politischen Parteien eingeladen hätte, um im Rahmen eines Bildungsabends über das Programm der betreffenden Partei zu sprechen. Heute ist dies in vielen Korporationen eine Selbstverständlichkeit. Wer die Bildungsprogramme der einzelnen Korporationen durchblättert, wird darin eine Fülle von Bildungsthemen finden. Wochenendseminare und Diskussionsabende, die alle von einem erfreulichen staatsbürgerlichen Bildungshunger junger Akademiker zeugen.

Natürlich ist hier auch nicht alles Gold was glänzt; aber von welcher menschlichen Einrichtung könnte man das behaupten? Erfreulich ist die Entwicklung, und darauf kommt es an.

Wenn sich aber nun die Studenten darüber beschweren, daß man sie trotz aller ihrer Bemühungen immer noch in alten Klischees der Öffentlichkeit präsentiert, dann sollten sie sich selbst einmal fragen, woher dies wohl kommen mag. Während andere Vereinigungen häufig die Presse zu ihren Veranstaltungen einladen und den Journalisten gelegentlich die Möglichkeit bieten, auch bei nicht öffentlichen Anlässen das Leben und Treiben in der betreffenden Organisation kennenzulernen, gibt es immer noch zu viele studentische Vereinigungen, die ängstlich darauf bedacht sind "unter sich" zu bleiben. Die Gründe für ein solches Verhalten sind meist nicht klar erkennbar. Vielleicht hat noch niemand darüber nachgedacht, daß man diesen Zustand ändern könnte.

Was gut ist - und die Bildungsarbeit der Korporationen hat sich in den letzten Jahren erfreulich entwickelt - braucht die Öffentlichkeit nicht zu scheuen.

"Tor zur Welt"

Koch mehr Abfahrten von Hamburg - Wöchentlich 84mal nach Übersee

Von Rudolf Hornig

In seinem 775. Jubiläumsjahr konnte der Hamburger Hafen das Netz der regelmässigen Schifffahrtsverbindungen, das ihn mit aller Welt verbindet, weiter verdichten und auf einen Stand bringen, der im weitesten Umkreis konkurrenzlos ist und es verständlich macht, daß Hamburg ein so begehrtes "Tor zur Welt" geworden ist. In den ersten drei Monaten 1964 haben der Hamburger Hafen insgesamt 2.087 Linienschiffe mit 3,9 Millionen KRE verlassen, so daß sich die Abfahrtsfrequenz gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres mit 1 732 Abfahrten um 20 Prozent erhöht hat.

1 100 Abfahrten auf dem Fahrplan

An diesen Abfahrten waren 259 deutsche und internationale Liniendienste beteiligt. Mit seiner Abfahrtsdichte hat Hamburg der Tatsache Rechnung getragen, daß der hochindustrialisierte mittel- und norddeutsche Wirtschaftsraum mit seinen weltweiten Handelsbeziehungen auf ein dichtes und vor allem weitverzweigtes Liniennetz angewiesen ist. Es sind in Hamburg fahrplanmässige Abfahrten nach fast 1 100 Häfen in aller Welt vorhanden. Im ersten Vierteljahr 1964 gab es wöchentlich 23 Abfahrten nach Afrika, 15 nach den USA und Kanada, 12 nach Mittelamerika, je neun nach Südamerika und Ostasien, acht nach Nahost sowie je vier Abfahrten nach Indien und Australien. Das ergab 84 Abfahrten pro Woche und 12 Abfahrten pro Tag nach Übersee.

Eisfrei auch in strengen Wintern

Es hat in diesem Jahr, dem Jubiläumsjahr, in Hamburg auch günstigere Witterungsverhältnisse gegeben als zu Beginn des vergangenen Jahres, mit der schweren, wochenlang anhaltenden Kältewelle. Damals hat Hamburg jedoch alles getan, um den Schifffahrtsweg auf der Elbe freizuhalten, so daß sein Hafen oft die einzige Zuflucht für Überseeschiffe war, die andere nordeuropäische Häfen wegen deren Vereisung nicht anlaufen konnten. In diesem Jahr sind auch die Liniendienste der Klein- und im Europaverkehr eingesetzten Seeschiffe durch Eisgang und Nebel kaum behindert worden. Von diesen günstigeren Bedingungen abgesehen, wurden jedoch auch in zahlreichen Überseerelationen wie etwa nach Nordafrika, nach Indonesien, nach der Ostküste der USA sowie nach der Westküste Südamerikas in den ersten drei Monaten 1964 mehr Abfahrten registriert als in der gleichen Vorjahreszeit.

Hamburg im Kaffee-Import an der Spitze

Zu den Merkmalen der steigenden Abfahrtsdichte im Hamburger Linienverkehr gab es kürzlich einen Hinweis, als in Hamburg etwa 240 Vertreter des Kaffee-Importhandels und der Großrösterbetriebe aus allen Teilen der Bundesrepublik zu ihrer Mitgliederversammlung zusammenkamen. Dabei wurde festgestellt, daß im vergangenen Jahr über den Hamburger Hafen Kaffee-Importe für die Bundesrepublik in Werte von 579 Millionen DM abgewickelt wurden, so daß sich der Hamburger Anteil am Bundes-Kaffee-Import weiterhin von vorher bereits 66 auf 69 Prozent erhöht hat.